

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

60. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 11. September 2003

Tagesordnungspunkt 1:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004)** (Drucksache 15/1500)
5102
- b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Finanzplan des Bundes 2003 bis 2007** (Drucksache 15/1501)
5102

Einzelplan 09

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden über die Hartz-Reformen,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Nein! Wir reden über den Haushalt!)

heute über die Teile III und IV. Weil zu viele Zahlen allzu schnell verwirren, möchte ich noch einmal daran erinnern, worum es angeblich geht: Die **Arbeitslosenzahl** soll binnen zwei bis drei Jahren auf weit unter 3 Millionen gedrückt werden. So lautete zumindest die Verheißung vor einem Jahr. Die aktuelle Tendenz ist eine andere. Die Zahl der Arbeitslosen nähert sich wieder bedrohlich der Fünfmillionenmarke. Ich sage bewusst „wieder“, denn als die CDU/CSU und die FDP regierten, da war es schon einmal so weit. Die Opposition zur Rechten verschweigt das gerne. Deshalb erinnert die Opposition zur Linken gerade auch heute daran.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Unbestritten sollte hier im Hause sein: Die Massenarbeitslosigkeit betrifft Millionen, trifft die Gesellschaft und untergräbt alle Solidarsysteme. Deshalb muss alles versucht werden, was Arbeitslosigkeit mindern könnte. Das betrifft auch das Hartz-Konzept. Deshalb: Wenn es gelingt, die Arbeitsämter besser zu organisieren – wir sind dafür. Wenn es gelingt, die Bürokratie abzubauen – nur zu. Wenn es gelingt, freie Stellen schneller zu besetzen – umso besser.

Aber all das sind allenfalls die positiven Nebenwirkungen einer insgesamt negativen Medizin. Hartz ist kein Allheilmittel und hat auf der politischen Positivliste nichts verloren.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die Hartz-Vorschläge haben zwei Kardinalfehler: Sie sind nicht alltagstauglich und sie treffen die Falschen. Das ist auch bei Hartz III und IV so. Konkret: Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sollen zu einem Neuen, dem **Arbeitslosengeld II**, vereinigt werden. Das kann sinnvoll sein, wenn damit Bürokratie abgebaut wird. Wesentlicher aber ist, dass den Empfängern von Arbeitslosenhilfe das genommen wird, was ihnen bislang zustand. Dadurch wird massenhaft Armut geschaffen, ja erzwungen.

Nehmen wir die neuen Bundesländer. Zwei Drittel aller Arbeitslosen im Osten leben inzwischen von Arbeitslosenhilfe. Sie erhalten zurzeit im Schnitt 470 Euro im Monat, meist plus Kleidergeld und andere Hilfen. Kommt das Arbeitslosengeld II, bleiben ihnen noch 331 Euro im Monat. Ihnen wird also ein Viertel vom Fast-Nichts genommen. Das ist die einfache Rechnung, weshalb übrigens auch die PDS-Arbeitsminister in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern schlicht sagen: So nicht!

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Dann sollen sie aus der Koalition herausgehen!)

Die Betroffenen wären dreimal gekniffen: Sie sind arm dran, weil sie arbeitslos sind. Sie sind ärmer dran, weil sie lange arbeitslos sind. Und sie wären dann noch ärmer dran, weil Rot-Grün das so will.

Laut Juni-Statistik betrifft dies allein in den neuen Bundesländern knapp 1 Million Menschen. Ich könnte aber dieselbe Rechnung auch für Regionen in Franken, im Saarland oder in Bremerhaven aufmachen. Diese Rechnung wird dadurch nicht besser, sie bleibt unter dem Strich unsozial.

Nun haben die Arbeitsminister Ost, übrigens quer über alle Parteigrenzen hinweg, eine weitere Rechnung aufgemacht: Sollte das Arbeitslosengeld II kommen wie von Rot-Grün geplant, bedeutet das für die neuen Bundesländer einen Kaufkraftverlust von 1,6 Milliarden Euro. Teure Genossinnen und Genossen von der SPD, dass Ihr soziales Herz erkaltet ist, wusste ich schon. Aber was ist eigentlich aus Ihrem kühlen Verstand geworden?

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

1,6 Milliarden Euro weniger Kaufkraft vernichtet noch mehr Arbeitsplätze und schafft noch mehr Arbeitslose. Sie beschleunigen also einen Teufelskreis, anstatt ihn nun endlich zu durchbrechen. Im normalen Leben nennt man so etwas Schwachsinn im Quadrat.

Das beginnt bei den einfachen Grundrechenarten. Nehmen wir einmal eine simple Textaufgabe aus der 5. Klasse. Hier in Berlin kommen auf einen freien Arbeitsplatz über 50 Bewerberinnen und Bewerber. Von den 50 Bewerbern wird einer erfolgreich vermittelt. Wie viele **Arbeitslose** bleiben übrig? Sie brauchen dafür nicht den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages zu bemühen. Nach Adam Riese bleiben 49 übrig, also 98 Prozent. Diesen 49 wird mit Hartz die Zwinge angesetzt. Sie sollen künftig jede Arbeit leisten, egal, wie erniedrigend oder fernab sie auch sei.

Diese Rechnung hören Sie ungern. Stattdessen machen Sie eine andere Rechnung auf. Sie durchforsten die 49 Enttäuschten und finden mit Sicherheit darunter ein schwarzes Schaf, einen, der den Sozialstaat betrügt oder ganz legal seine Sozialhilfe unter Palmen verprasst. Ich wette aber auch: Unter 49 Unternehmen finden sich mindestens neun, die betrügen oder ganz legal keine Steuern zahlen. Aber das ist wohl ein anderes Thema; es kommt jedenfalls hier nicht zur Sprache.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat damit nichts zu tun!)

Ich würde mit Ihnen heute lieber über die **Steuergeschenke** reden, die Sie großen Unternehmen gemacht haben, und über die Verluste, die Sie den Kommunen und Ländern mit Ihren so genannten Reformen zumuten. Aber das hören Sie natürlich auch nicht gern. Also bleiben wir bei Hartz III und IV und rechnen weiter.

50 Menschen bewerben sich auf eine freie Stelle. Einer hat Glück und ein zweiter gilt als Sozialhilfeempfänger und Missbrauchsböser. Es bleiben nach Adam Riese 48 Arbeitssuchende, als 96 Prozent, übrig.

Das bleibt Ihr eigentliches Problem. Sie haben es nicht gelöst. Sie kommen aus dieser Negativbilanz nicht heraus.

Deshalb möchte ich Sie zum Schluss an den Fehler Ihres Antritts von 1998 erinnern: Sie haben damals gesagt, Sie wollten nicht alles anders, aber vieles besser machen. Besser haben Sie bisher nichts gemacht.

(Beifall des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Sie sollten endlich einmal etwas anders machen als vorher die CDU/CSU und die FDP.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden wie die CDU/CSU! PDS und CDU/CSU, kein Unterschied mehr!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Max Straubinger.